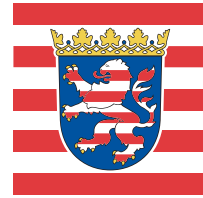


# Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

60. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. Oktober 2008

Nr. 10

Seite

<b>Inhalt:</b>	<b>Bekanntmachungen</b>	
	Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag und dem Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz .....	317
	Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2007 .....	320
	Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen .....	364
	Widerruf der Genehmigung zur Verwendung eines Gerichtskostenstemplers .....	365
	<b>Veröffentlichungen der Rechtsanwalts- und Notarkammern sowie des Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Lande Hessen</b>	
	Beschluss der Rechtsanwaltskammer Kassel; hier: Verwaltungsgebührenordnung .....	366
	Personalnachrichten .....	368
	Stellenausschreibungen .....	374
	Ausschreibung freier Notarstellen .....	377
	Buchbesprechungen .....	377

## BEKANNTMACHUNGEN

Die Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961 und dem Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 27. Februar 1964 im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers der Justiz vom 29. September 1977 (StAnz. S. 2036) ist überarbeitet worden. Die Neufassung ist im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 38/2008 S. 2484 veröffentlicht. Sie wird nachstehend nachrichtlich bekannt gemacht.

– Gült.-Verz. Nr. 3200 –

**Verordnung über Zuständigkeiten  
in Personalangelegenheiten der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter  
im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz  
vom 2. September 2008**

Aufgrund des Art. 103 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen und § 2 in Verbindung mit § 1 der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen vom 7. Dezember 2007 (StAnz. S. 2710) wird verordnet:

**§ 1**

(1) Der Präsidentin oder dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, des Hessischen Landesarbeitsgerichts, des Hessischen Landessozialgerichts, des Hessischen Finanzgerichts und der Generalstaatsanwältin oder dem Generalstaatsanwalt wird für ihren Geschäftsbereich und den Leiterinnen oder Leitern der Justizvollzugseinrichtungen wird für ihren Zuständigkeitsbereich, soweit in Abs. 2 nicht anderes bestimmt ist, die Befugnis übertragen,

1. nach § 10 Abs. 1 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 12 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder die Zustimmung zur Annahme von Belohnungen oder Geschenken bis zum Wert von 75 Euro im Einzelfall zu erteilen,
2. nach § 11 des Bundes-Angestelltentarifvertrages in Verbindung mit § 78 Abs. 1, § 79 Abs. 5 und § 81 Abs. 1 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 11. Januar 1989 (GVBl. I S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 378), in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492), sowie § 13 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder
  - a) die Übernahme und Fortführung einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst anzuordnen,
  - b) die Übernahme einer Nebentätigkeit zu genehmigen,
  - c) das Nutzungsentgelt im Einzelfall nach Maßgabe der allgemeinen Festlegungen der obersten Dienstbehörde festzusetzen,
3. nach § 12 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 8 Abs. 6 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter abzuordnen, zuzuweisen und zu versetzen,
4. nach § 17 Abs. 4 Satz 2 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 19 Abs. 2 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder Überstunden schriftlich anzuordnen,
5. nach § 39 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 45 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder die Ehrung der Angestellten sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter vorzunehmen, die eine Dienstzeit von fünfundzwanzig oder vierzig Jahren vollendet haben.

6. nach § 50 Abs. 1 und 2 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 55 Abs. 1 und 2 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder Sonderurlaub ohne Bezüge zu gewähren,
7. nach § 52 Abs. 3 Satz 2 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und § 33 Abs. 6 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder bei Verzicht auf die Bezüge Arbeitsbefreiung bis zu vierzehn Werktagen zu gewähren.

(2) Die Befugnis nach Abs. 1 Nr. 3 bleibt dem Ministerium der Justiz für Angestellte der Vergütungsgruppen V a bis I des Bundes-Angestelltentarifvertrages bei den Justizvollzugseinrichtungen vorbehalten.

## **§ 2**

Die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts, des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, des Hessischen Landesarbeitsgerichts, des Hessischen Landessozialgerichts und die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt wird ermächtigt, die in § 1 Abs. 1 übertragenen Befugnisse allgemein oder im Einzelfall auf ihre nachgeordneten Dienststellen zu übertragen.

## **§ 3**

(1) Für Entscheidungen über Ansprüche nach den §§ 42 und 44 des Bundes-Angestelltentarifvertrages und den §§ 38 und 40 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder gelten die für Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz getroffenen Zuständigkeitsregelungen nach der Verordnung über Zuständigkeiten in beamten- und richterrechtlichen Personalangelegenheiten sowie nach dem Hessischen Reisekostengesetz und dem Hessischen Umzugskostengesetz im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz vom 7. Dezember 2007 (GVBl. I S. 931) entsprechend.

(2) Die Leiterinnen oder Leiter der Justizvollzugseinrichtungen entscheiden über die Zusage der Umzugskostenvergütung für Angestellte ihres Zuständigkeitsbereichs bis Vergütungsgruppe V b des Bundes-Angestelltentarifvertrages.

## **§ 4**

Die Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961 und dem Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 27. Februar 1964 im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers der Justiz vom 29. September 1977 (StAnz. S. 2036) wird aufgehoben.

## § 5

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2008 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.

Wiesbaden, den 2. September 2008

Der Hessische Minister der Justiz

Banzer

---

**Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2007. Bek. d. MdJ v. 22. 8. 2008 (1441 - Z/C1 - 2008/5206 Z/A2) – JMBl. S. 320 –**

(Letzte Übersicht für 2006 in JMBl. 2007 S. 586 )

### ORDENTLICHE GERICHTSBARKEIT

#### AMTSGERICHTE

##### A – Zivilsachen

(ohne Familiensachen)

	2005	2006	2007
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</b>			
1. Mahnsachen	924.975	797.943	666.769
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	108.948	101.939	98.310
Erledigungen	112.741	104.815	99.369
Unerledigt am Jahresende	52.416	48.123	46.915
b) Erledigte Verfahren	112.741	104.815	99.369
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	19	352	485
	0,0%	0,3%	0,5%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	249	260	241
	0,2%	0,2%	0,2%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	3.853 3,4%	3.760 3,6%	3.760 3,8%
Klageverfahren	70.145 62,2%	64.086 61,1%	63.453 63,9%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	38.475 34,1%	36.357 34,7%	31.430 31,6%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	316 0,3%	350 0,3%	397 0,4%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	2 0,0%	18 0,0%	35 0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	392 0,3%	536 0,5%	739 0,7%
Verkehrsunfallsachen	8.450 7,5%	8.834 8,4%	8.898 9,0%
Wohnungsmietsachen	20.746 18,4%	18.910 18,0%	19.296 19,4%
sonstige Mietsachen	2.961 2,6%	3.465 3,3%	3.398 3,4%
Kaufsachen	10.288 9,1%	9.680 9,2%	10.338 10,4%
Arzthaftungssachen	138 0,1%	225 0,2%	195 0,2%
Reisevertragssachen	1.776 1,6%	2.318 2,2%	2.270 2,3%
Kredit-/Leasingsachen	1.617 1,4%	1.743 1,7%	1.725 1,7%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.976 2,6%	2.945 2,8%	2.875 2,9%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	3.691 3,3%	3.942 3,8%	4.458 4,5%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	507 0,4%	515 0,5%	584 0,6%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angelegenheiten nach dem Gewalt- schutzgesetz	695 0,6%	764 0,7%	878 0,9%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	58.186 51,6%	50.431 48,1%	43.061 43,3%
3. Verteilungsverfahren	2	12	5
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	6.328	6.483	6.236
5. Zwangsverwaltungen	2.903	2.081	2.217
6. Vollstreckungssachen	258.869	256.958	231.705
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.593	1.562	1.562

## **II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren**

1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahren (IN)	8.415	8.059	7.201
b) Verbraucher- und Kleininsolvenz- verfahren (IK)	5.018	7.291	8.119
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	28	32	43
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	3.004	3.185	3.160
b) Verbraucher- und Kleininsolvenz- verfahren (IK)	4.152	6.305	7.462
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	1	12	8
d) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	44	93	134

## **III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**

1. Grundbuchsachen			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	126.066	135.823	130.496
b) Eintragung/Veränderung von Rechten in Abt. II und III	270.022	273.049	259.227

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	6.057	5.770	5.098
2. Landwirtschaftssachen	52	51	55
3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) Eingetragene Vereine	45.708	44.332	45.112
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen	34.226	34.053	34.753
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	2.084	2.000	1.959
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	80.431	79.258	80.677
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	16	17	15
c) Eingetragene Genossenschaften	470	453	421
d) Seeschiffe	220	218	215
e) Binnenschiffe	257	254	249
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften	8.239	7.648	7.451
b) Am Jahresende anhängige Betreuungen	88.016	84.965	85.417
c) Betreuungsverfahren wurden anhängig	30.872	31.943	33.394
d) Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten wurden anhängig	1.324	1.403	1.557
e) Adoptionssachen	923	788	788
5. Unterbringungssachen (einschließlich Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung)	21.628	20.638	21.799
darunter Abschiebehaftsachen	2.346	2.274	1.715
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	35.122	34.811	34.766
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	36.120	36.998	38.656

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	51.213	59.625	59.196
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	6.815	6.918	4.961
c) Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	53	55	82
d) Standesamtssachen	607	601	587
<b>IV. Kirchenaustritte</b>	17.308	18.096	20.780
<b>V. Hinterlegungssachen</b>	3.550	3.394	3.495

#### **B – Familiensachen**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	39.096	40.133	39.342
Erledigungen	41.382	40.212	41.222
Unerledigt am Jahresende	34.678	34.376	32.512
b) Erledigte Verfahren	41.382	40.212	41.222
Davon waren			
Scheidungsverfahren	18.191	17.460	17.800
	44,0%	43,4%	43,2%
andere Eheverfahren	206	158	161
	0,5%	0,4%	0,4%
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	2.403	1.952	2.097
	5,8%	4,9%	5,1%
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	20.396	19.962	20.202
	49,3%	49,6%	49,0%
Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft	entfällt	43	63
	entfällt	0,1%	0,2%
Sonstige Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	entfällt	3	8
	entfällt	0,0%	0,0%



	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	entfällt	634	891
	entfällt	1,6%	2,2%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	entfällt	44.572	45.106
Davon waren			
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	entfällt	5.835	6.327
	entfällt	13,1%	14,0%
Regelung des Umgangs (auch nach § 52a FGg)	entfällt	2.550	2.716
	entfällt	5,7%	6,0%
Herausgabe des Kindes	entfällt	157	180
	entfällt	0,4%	0,4%
Unterhalt für das Kind	entfällt	6.456	6.081
	entfällt	14,5%	13,5%
Unterhalt für sonstige Verwandte (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	entfällt	380	233
	entfällt	0,9%	0,5%
Unterhalt für den Ehepartner/Lebenspartner	entfällt	5.429	5.227
	entfällt	12,2%	11,6%
Versorgungsausgleich	entfällt	18.099	18.190
	entfällt	40,6%	40,3%
Wohnung und/oder Hausrat	entfällt	1.397	1.405
	entfällt	3,1%	3,1%
Ansprüche aus dem Güterrecht	entfällt	1.402	1.345
	entfällt	3,1%	3,0%
Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	entfällt	1.297	1.306
	entfällt	2,9%	2,9%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	entfällt	485	682
	entfällt	1,1%	1,5%
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	entfällt	235	326
	entfällt	0,5%	0,7%
Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	entfällt	482	679
	entfällt	1,1%	1,5%
Sonstiger Gegenstand	entfällt	368	409
	entfällt	0,8%	0,9%
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrensgegenständen im Durchschnitt	entfällt	1,11	1,09

## C – Strafsachen

	2005	2006	2007
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	54.321	52.592	54.006
Erledigungen	55.204	55.017	54.137
Unerledigt am Jahresende	22.918	20.347	20.199
b) Erledigte Verfahren	55.204	55.017	54.317
Davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	57 0,1%	54 0,1%	38 0,1%
zugunsten des Beschuldigten	59 0,1%	43 0,1%	51 0,1%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittel- instanz	31 0,1%	5 0,0%	4 0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	5 0,0%	6 0,0%	3 0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	25 0,0%	12 0,0%	19 0,0%
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeld- verfahren	75 0,1%	18 0,0%	7 0,0%
Anklagen	41.005 74,3%	41.135 74,8%	40.783 75,3%
Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren	2.933 5,3%	2.918 5,3%	2.810 5,2%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	1.143 2,1%	1.036 1,9%	1.252 2,3%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	535 1,0%	239 0,4%	264 0,5%
Einsprüche gegen einen von der Staats- anwaltschaft beantragten Strafbefehl	8.848 16,0%	9.253 16,8%	8.615 15,9%
Einsprüche gegen einen von der Finanz- behörde beantragten Strafbefehl	382 0,7%	204 0,4%	203 0,4%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Privatklagen	90 0,2%	72 0,1%	65 0,1%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	39.953	36.820	38.905
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	8.051	7.585	6.400
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	48.634	43.256	44.580

### **D – Bußgeldverfahren**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	21.805	21.401	21.981
Erledigungen	21.759	21.677	21.318
Unerledigt am Jahresende	5.420	5.161	5.821
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshafthanträge	10.916	12.230	10.106
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 S. 1 OWiG (Halterhaftung)	1.540	842	679
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	165	237	125
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.304	1.412	1.122

### **E – Rechtshilfesachen** (in der freiwillige Gerichtsbarkeit)

Ersuchen an das Amtsgericht	15.014	11.720	12.233
Ersuchen an die Geschäftsstelle	7.136	4.217	3.792

### **Landgerichte**

#### **A – Zivilsachen**

#### **I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz**

a) Geschäftsentwicklung:	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Eingänge	35.241	32.037	31.677
Erledigungen	34.552	33.498	31.757

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
davon durch die			
Zivilkammer	29.176	29.131	27.241
Kammer für Handelssachen	4.817	4.343	4.473
Kammer für Baulandsachen	19	24	43
Entschädigungskammer	0	0	0
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	29.255	27.451	27.376
b) Erledigte Verfahren	34.552	33.498	31.757
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	25 0,1%	11 0,0%	13 0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	240 0,7%	235 0,7%	186 0,6%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2.208 6,4%	2.425 7,2%	2.552 8,0%
Klageverfahren	26.675 77,2%	26.317 78,6%	25.601 80,6%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozess- gerichts gehörende Verfahren	5.404 15,6%	4.510 13,5%	3.405 10,7%

b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet

**Zivilkammern**

(bis 2005 inkl. Bauland-, Entschädigungs-, Rückerstattungskammern)

Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1.219 3,5%	1.084 3,2%	1.226 3,9%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorar- forderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	280 0,8%	360 1,1%	415 1,3%
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	403 1,2%	278 0,8%	260 0,8%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	entfällt entfällt	104 0,3%	255 0,8%
Gewerblicher Rechtsschutz	1.123 3,3%	1.128 3,4%	1.175 3,7%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	4.065 11,8%	3.705 11,1%	3.712 11,7%
Verkehrsunfallsachen	1.321 3,8%	1.310 3,9%	1.303 4,1%
Kaufsachen	2.230 6,5%	1.748 5,2%	1.785 5,6%
Arzthaftungssachen	239 0,7%	308 0,9%	320 1,0%
Reisevertragssachen	76 0,2%	137 0,4%	109 0,3%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	1.504 4,4%	685 2,0%	395 1,2%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	3 0,0%	20 0,1%	7 0,0%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	5 0,0%	2 0,0%	12 0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	17.174 49,7%	18.262 54,5%	16.267 51,2%

#### **Kammer für Handelssachen**

Handelsvertretersachen	374 1,1%	169 0,5%	160 0,5%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	985 2,9%	400 1,2%	517 1,6%
Bausachen	202 0,6%	131 0,4%	135 0,4%
Markensachen	42 0,1%	74 0,2%	106 0,3%
Wettbewerbssachen	523 1,5%	653 1,9%	800 2,5%

	2005	2006	2007
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.691 7,8%	2.916 8,7%	2.755 8,7%
c) Erledigungen der Zivilkammern	29.716	29.131	27.241
Davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
bei dem Einzelrichter	27.339 92,0%	26.600 91,3%	24.813 91,1%
bei der Kammer	2.377 8,0%	2.531 8,7%	2.428 8,9%

## II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.288	5.164	5.021
Erledigungen	5.152	5.152	5.279
davon durch die			
Zivilkammer	5.107	5.109	5.252
Kammer für Handelssachen	45	43	27
Unerledigt am Jahresende	2.780	2.729	2.464
b) Erledigte Verfahren	5.152	5.152	5.279
Davon waren			
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	1 0,0%	5 0,1%	9 0,2%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	4 0,1%	10 0,2%	17 0,3%
Berufungsverfahren	5.110 99,2%	5.024 97,5%	5.182 98,2%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	37 0,7%	113 2,2%	71 1,3%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
	<b>Zivilkammern</b>		
Wohnungsmietsachen	1.073 20,8%	868 16,8%	901 17,1%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Sonstige Mietsachen	139 2,7%	102 2,0%	73 1,4%
Verkehrsunfallachen	661 12,8%	551 10,7%	584 11,1%
Kaufsachen	353 6,9%	257 5,0%	218 4,1%
Arzthaftungssachen	29 0,6%	17 0,3%	20 0,4%
Nachbarschaftssachen	53 1,0%	47 0,9%	39 0,7%
Reisevertragssachen	110 2,1%	211 4,1%	259 4,9%
Bau-/Architektensachen ohne Architekten-honorarsachen)	61 1,2%	63 1,2%	61 1,2%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	149 2,9%	42 0,8%	21 0,4%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutz- gesetz	entfällt	1 0,0%	4 0,1%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	entfällt	3 0,1%	18 0,3%
Honorarforderungen von Personen für die eine besondere Honorarordnung gilt	entfällt	26 0,5%	59 1,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.479 48,1%	2.862 55,6%	2.878 54,5%

#### **Kammer für Handelssachen**

Handelsvertretersachen	3 0,1%	0 0,0%	0 0,0%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Bausachen	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Markensachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Wettbewerbssachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%

	2005	2006	2007
Sonstiger Verfahrensgegenstand	40 0,8%	42 0,8%	26 0,5%
<b>III. Beschwerden</b>			
Eingänge	8.691	8.767	8.006
<b>B – Strafsachen</b>			
<b>I. Strafsachen in erster Instanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.371	1.324	1.267
Erledigungen	1.343	1.430	1.281
Unerledigt am Jahresende	832	732	720
b) Erledigte Verfahren	1.343	1.430	1.281
Darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	19 1,4%	20 1,4%	24 1,9%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	31 2,3%	16 1,1%	35 2,7%
Anklagen	1.172 87,3%	1.281 89,6%	1.087 84,9%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	64 4,8%	44 3,1%	73 5,7%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	48 3,6%	68 4,8%	61 4,8%
<b>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.301	3.147	3.004
Erledigungen	3.209	3.177	3.105
Unerledigt am Jahresende	1.188	1.169	1.067
b) Erledigte Verfahren	3.209	3.177	3.105
Davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	11 0,3%	2 0,1%	3 0,1%



	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	7	0	1
	0,2%	0,0%	0,0%
Durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	49	19	20
	1,5%	0,6%	0,6%
Berufungen in Officialverfahren	3.114	3.001	2.871
	97,0%	94,5%	92,5%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	28	155	210
	0,9%	4,9%	6,8%
<b>III. Beschwerden in Strafsachen</b>			
Eingänge	3.386	3.248	3.231
<b>IV. Strafvollstreckungssachen</b>			
1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	7.748	8.341	7.405
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	700	716	643

**Staatsanwaltschaften  
und Anwaltschaft Frankfurt am Main**

**A – Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**

<b>I. Anzeigesachen</b> (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	167.946	169.753	181.721
Erledigungen	169.403	166.026	181.953
Unerledigt am Jahresende	32.944	37.034	37.311
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>	79.923	71.790	74.706
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>	295	265	238

## B – Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

<b>I. Anzeigesachen</b> (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	186.315	184.879	188.746
Erledigungen	185.102	180.901	196.273
Unerledigt am Jahresende	30.755	34.873	27.629
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>	157.749	149.594	157.530
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>	21.914	21.300	21.974

## C – Strafvollstreckung

<b>I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde</b>	78.530	72.420	77.936
<b>II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe</b>			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	3.059	4.462	3.420
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	106.334	98.849	103.437

## D – Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften

Gnadensachen	515	504	515
Entschädigungssachen nach dem StREG	213	110	158
Zivilsachen	1	2	2
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	2.803	3.232	3.183

## Oberlandesgericht

### A – Zivilsachen (ohne Familiensachen)

#### I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

	2005	2006	2007
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.108	5.343	5.234
Erledigungen	5.549	5.310	5.119
Unerledigt am Jahresende	3.907	3.956	4.077
b) Erledigte Verfahren	5.549	5.310	5.119
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsverfahrens	2 0,0%	10 0,2%	4 0,1%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	119 2,1%	104 2,0%	137 2,7%
Berufungsverfahren	5.408 97,5%	5.160 97,2%	4.956 96,8%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	20 0,4%	36 0,7%	22 0,4%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	96 1,7%	349 6,6%	320 6,3%
Arzthaftungssachen	120 2,2%	122 2,3%	111 2,2%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	32 0,6%	73 1,4%	63 1,2%
Verkehrsunfallsachen	145 2,6%	245 4,6%	242 4,7%
Kaufsachen	157 2,8%	384 7,2%	307 6,0%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	44 0,8%	6 0,1%	41 0,8%

	2005	2006	2007
Reisevertragssachen	entfällt	18	22
	entfällt	0,3%	0,4%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	entfällt	555	592
	entfällt	10,5%	11,6%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	entfällt	208	189
	entfällt	3,9%	3,7%
Gewerblicher Rechtsschutz	entfällt	196	195
	entfällt	3,7%	3,8%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	entfällt	2	0
	entfällt	0,0%	0,0%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	entfällt	211	189
	entfällt	4,0%	3,7%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	entfällt	0	0
	entfällt	0,0%	0,0%
Entschädigungssachen nach dem BEG	entfällt	1	1
	entfällt	0,0%	0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	4.955	2.940	2.847
	89,3%	55,4%	55,6%

## II. Beschwerden

Eingänge	3.055	3.123	3.023
----------	-------	-------	-------

## B – Familiensachen

### bis 2005

#### I. Familiensachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.904	entfällt	entfällt
Erledigungen	1.996	entfällt	entfällt
Unerledigt am Jahresende	1.164	entfällt	entfällt
b) Erledigte Verfahren	1.996	entfällt	entfällt
Davon waren			
Scheidungsverfahren	52	entfällt	entfällt
	2,6%	entfällt	entfällt

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
andere Eheverfahren	3 0,2%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Verfahren über abgetrennte Scheidungs- folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	1.940 97,2%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Prozesskostenhilfeverfahren	1 0,1%	entfällt entfällt	entfällt entfällt

## **II. Beschwerden in Familiensachen**

### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.618	entfällt	entfällt
Erledigungen	1.656	entfällt	entfällt
Unerledigt am Jahresende	220	entfällt	entfällt

### b) Gegenstände der erledigten Beschwerde- verfahren insgesamt

Davon betrafen	1.659	entfällt	entfällt
Prozesskostenhilfe	1.006 60,6%	entfällt entfällt	entfällt entfällt

#### einstweilige Anordnungen (§ 620c ZPO) über die elterliche Sorge

60	entfällt	entfällt
3,6%	entfällt	entfällt

#### die Herausgabe eines Kindes

5	entfällt	entfällt
0,3%	entfällt	entfällt

#### die Ehewohnung

11	entfällt	entfällt
0,7%	entfällt	entfällt

#### die Aussetzung des Scheidungsverfahrens

0	entfällt	entfällt
0,0%	entfällt	entfällt

#### den Wert des Verfahrensgegenstandes

48	entfällt	entfällt
2,9%	entfällt	entfällt

#### eine Kostenangelegenheit

206	entfällt	entfällt
12,4%	entfällt	entfällt

#### eine sonstige Angelegenheit

323	entfällt	entfällt
19,5%	entfällt	entfällt

## **ab 2006**

### **I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)**

#### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	entfällt	2.022	1.901
Erledigungen	entfällt	1.890	1.894
Unerledigt am Jahresende	entfällt	1.173	1.310

b) Erledigte Verfahren	2005	2006	2007
Davon waren			
Scheidungsverfahren mit Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	entfällt entfällt	258 13,7%	208 11,0%
Scheidungsverfahren ohne Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	entfällt entfällt	293 15,5%	266 14,0%
andere Eheverfahren mit Anfechtung des Urteils in der Ehesache	entfällt entfällt	1 0,1%	1 0,1%
andere Eheverfahren ohne Anfechtung des Urteils in der Ehesache	entfällt entfällt	5 0,3%	2 0,1%
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	entfällt entfällt	65 3,4%	47 2,5%
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	entfällt entfällt	1.261 66,7%	1.367 72,2%
Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft mit Anfechtung des die Aufhebung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	entfällt entfällt	0 0,0%	0 0,0%
Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft ohne Anfechtung des die Aufhebung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	entfällt entfällt	0 0,0%	0 0,0%
Sonstige Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	entfällt entfällt	0 0,0%	0 0,0%
Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	entfällt entfällt	7 0,4%	3 0,2%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	entfällt	1.845	1.943
davon betrafen			
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	entfällt entfällt	254 13,8%	285 14,7%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Regelung des Umgangs (auch nach § 52a FGG)	entfällt entfällt	129 7,0%	113 5,8%
Herausgabe des Kindes	entfällt entfällt	15 0,8%	12 0,6%
Unterhalt für das Kind	entfällt entfällt	387 21,0%	377 19,4%
Unterhalt für sonstige Verwandte (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	entfällt entfällt	29 1,6%	10 0,5%
Unterhalt für den Ehepartner/Lebenspartner	entfällt entfällt	522 28,3%	567 29,2%
Versorgungsausgleich	entfällt entfällt	384 20,8%	454 23,4%
Wohnung und/oder Hausrat	entfällt entfällt	31 1,7%	29 1,5%
Ansprüche aus dem Güterrecht	entfällt entfällt	62 3,4%	65 3,3%
Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	entfällt entfällt	6 0,3%	9 0,5%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	entfällt entfällt	6 0,3%	3 0,2%
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	entfällt entfällt	3 0,2%	2 0,1%
Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	entfällt entfällt	0 0,0%	1 0,1%
Sonstiger Gegenstand	entfällt entfällt	17 0,9%	16 0,8%
<b>II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen</b>	entfällt	1.753	1.715

## **C – Strafsachen**

### **I. Strafsachen in erster Instanz**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1	2	1
Erledigungen	0	1	2
Unerledigt am Jahresende	1	2	1

<b>II. Strafsachen in der Revisionsinstanz</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	333	333	384
Erledigungen	351	339	352
Unerledigt am Jahresende	51	42	74

### **III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren**

Beschwerden in Strafsachen	1.268	1.415	1.431
Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121 ff. StPO)	453	335	267
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	207	197	298
Auslieferungsverfahren	553	477	368
Verfahren nach § 23 EGGVG	52	56	61
Anträge nach § 51 RVG	144	95	70

## **D – Bußgeldverfahren**

### **I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	515	500	502
Erledigungen	509	519	492
Unerledigt am Jahresende	51	23	34
b) Erledigte Verfahren	509	519	492
Davon waren			
Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	288	342	337
	56,6%	65,9%	68,5%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	51	1	0
	10,0%	0,2%	0,0%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	170	176	155
	33,4%	33,9%	31,5%

### **II. Sonstiger Geschäftsanfall**

Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	1	0	0
--	---	---	---



## Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht

### A – Ermittlungsverfahren

	2005	2006	2007
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	0	0	0
Erledigungen	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	0	0	0

### B – Andere Geschäfte

Revisionen	396	371	427
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	517	526	506
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.038	992	955
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	3.005	3.497	3.273
Haftprüfungsverfahren	258	194	173
Aus- und Durchlieferungssachen	193	197	265
Berufsgerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren	474	560	478
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	244	229	221
Entschädigungssachen nach dem StREG	290	255	260
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	441	483	402
Kartellbußgeldsachen	18	26	32

## Verwaltungsgerichte

### A – Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	9.686	9.563	7.667
darunter Asylsachen	3.018	1.982	1.252
Erledigungen	13.371	10.434	9.254
darunter Asylsachen	4.774	3.383	2.001
Unerledigt am Jahresende	8.543	7.695	6.107
darunter Asylsachen	3.162	1.758	1.016

#### bis 2006

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	13.371	10.434	entfällt
--	--------	--------	----------

	2005	2006	2007
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	99 0,7%	79 0,8%	entfällt entfällt
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	443 3,3%	395 3,8%	entfällt entfällt
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	643 4,8%	792 7,6%	entfällt entfällt
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	7.234 54,1%	5.712 54,7%	entfällt entfällt
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	594 4,4%	449 4,3%	entfällt entfällt
Abgabenrecht	972 7,3%	675 6,5%	entfällt entfällt
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	1.876 14,0%	1.472 14,1%	entfällt entfällt
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	1.403 10,5%	759 7,3%	entfällt entfällt
Sonstiges	107 0,8%	101 1,0%	entfällt entfällt
<b>ab 2007</b>			
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	entfällt	entfällt	9.254
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	106 1,1%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	entfällt entfällt	entfällt entfällt	391 4,2%
Numerus-clausus-Verfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	28 0,3%

	2005	2006	2007
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischerei- recht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	entfällt entfällt	entfällt entfällt	688 7,4%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	921 10,0%
Ausländerrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	1.712 18,5%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	2.001 21,6%
Asylrecht – Eilverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	entfällt entfällt	entfällt entfällt	482 5,2%
Umweltrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	225 2,4%
Abgabenrecht – ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammen- schlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereini- gungen- ohne hochschul- rechtliche Abgaben – ohne Sondernutzungsgebühr	entfällt entfällt	entfällt entfällt	935 10,1%
Recht des öffentlichen Dienstes	entfällt entfällt	entfällt entfällt	987 10,7%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	107 1,2%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutz- recht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	510 5,5%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	entfällt entfällt	entfällt entfällt	99 1,1%
Sonstiges	entfällt entfällt	entfällt entfällt	62 0,7%

**B – Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz  
und sonstige Verfahren**

	2005	2006	2007
<b>I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</b>			
(ohne numerus-clausus-Sachen)			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4.151	3.835	5.854
darunter Asylsachen	1.412	1.010	582
Erledigungen	4.345	3.884	5.547
darunter Asylsachen	1.435	1.058	596
Unerledigt am Jahresende	533	483	2.394
darunter Asylsachen	100	50	38
<b>bis 2006</b>			
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	4.345	3.884	entfällt
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	55 1,3%	32 0,8%	entfällt entfällt
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	138 3,2%	133 3,4%	entfällt entfällt
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischerei- recht, Recht der freien Berufe	108 2,5%	145 3,7%	entfällt entfällt
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umwelt- schutz	3.014 69,4%	2.804 72,2%	entfällt entfällt
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	194 4,5%	169 4,4%	entfällt entfällt
Abgabenrecht	140 3,2%	93 2,4%	entfällt entfällt
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	380 8,7%	248 6,4%	entfällt entfällt
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergarten- recht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	247 5,7%	98 2,5%	entfällt entfällt

	2005	2006	2007
Sonstiges	69	162	entfällt
	1,6%	4,2%	entfällt

**ab 2007**

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	entfällt	entfällt	5.547
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	entfällt	entfällt	26
	entfällt	entfällt	0,5%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	entfällt	entfällt	190
	entfällt	entfällt	3,4%
Numerus-clausus-Verfahren	entfällt	entfällt	2.442
	entfällt	entfällt	44,0%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	entfällt	entfällt	119
	entfällt	entfällt	2,1%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	entfällt	entfällt	579
	entfällt	entfällt	10,4%
Ausländerrecht	entfällt	entfällt	855
	entfällt	entfällt	15,4%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
Asylrecht – Eilverfahren	entfällt	entfällt	596
	entfällt	entfällt	10,7%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	entfällt	entfällt	133
	entfällt	entfällt	2,4%
Umweltrecht	entfällt	entfällt	55
	entfällt	entfällt	1,0%
Abgabenrecht – ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen – ohne hochschulrechtliche Abgaben – ohne Sondernutzungsgebühr	entfällt	entfällt	145
	entfällt	entfällt	2,6%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Recht des öffentlichen Dienstes	entfällt	entfällt	303
	entfällt	entfällt	5,5%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	entfällt	entfällt	70
	entfällt	entfällt	1,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	entfällt	entfällt	9
	entfällt	entfällt	0,2%
Sonstiges	entfällt	entfällt	25
	entfällt	entfällt	0,5%

## **II. Geschäftsentwicklung der Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:**

Eingänge	2.672	2.714	2.825
Erledigungen	3.182	2.607	2.442
Unerledigt am Jahresende	1.475	1.591	1.934

**III. Vollstreckungsverfahren** 59 65 85

**IV. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens** 274 256 268

## **Hessischer Verwaltungsgerichtshof**

### **A – Hauptverfahren in erster Instanz**

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	76	88	91
Erledigungen	83	59	107
Unerledigt am Jahresende	69	98	94

**B – Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen  
Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen**

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.721	1.412	1.032
darunter Asylsachen	732	508	204
Erledigungen	2.014	1.635	1.157
darunter Asylsachen	967	583	297
Unerledigt am Jahresende	898	691	603
darunter Asylsachen	288	218	130

**bis 2006**

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	2.014	1.635	entfällt
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	15 0,7%	10 0,6%	entfällt entfällt
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	38 1,9%	42 2,6%	entfällt entfällt
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	94 4,7%	101 6,2%	entfällt entfällt
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	1.301 64,6%	897 54,9%	entfällt entfällt
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	86 4,3%	95 5,8%	entfällt entfällt
Abgabenrecht	160 7,9%	178 10,9%	entfällt entfällt
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	102 5,1%	193 11,8%	entfällt entfällt
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	215 10,7%	114 7,0%	entfällt entfällt
Sonstiges	3 0,1%	5 0,3%	entfällt entfällt

<b>ab 2007</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	entfällt	entfällt	1.157
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	11 1,0%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	entfällt entfällt	entfällt entfällt	45 3,9%
Numerus-clausus-Verfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	0 0,0%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	entfällt entfällt	entfällt entfällt	80 6,9%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	93 8,0%
Ausländerrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	167 14,4%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	297 25,7%
Asylrecht – Eilverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	entfällt entfällt	entfällt entfällt	75 6,5%
Umweltrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	38 3,3%
Abgabenrecht – ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen – ohne hochschulrechtliche Abgaben – ohne Sondernutzungsgebühr	entfällt entfällt	entfällt entfällt	103 8,9%
Recht des öffentlichen Dienstes	entfällt entfällt	entfällt entfällt	152 13,1%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	15 1,3%



	2005	2006	2007
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	52 4,5%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	entfällt entfällt	entfällt entfällt	27 2,3%
Sonstiges	entfällt entfällt	entfällt entfällt	2 0,2%

**C – Beschwerden gegen Entscheidungen  
mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von  
vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

**I. a) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen  
Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Ver-  
fahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz:**

Eingänge	930	1.072	1.334
Erledigungen	968	1.012	1.407
Unerledigt am Jahresende	149	216	177

**bis 2006**

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	968	1.012	entfällt
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	9 0,9%	9 0,9%	entfällt entfällt
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	30 3,1%	37 3,7%	entfällt entfällt
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischerei- recht, Recht der freien Berufe	45 4,6%	55 5,4%	entfällt entfällt
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umwelt- schutz	599 61,9%	727 71,8%	entfällt entfällt
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	70 7,2%	54 5,3%	entfällt entfällt

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Abgabenrecht	51 5,3%	50 4,9%	entfällt entfällt
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	101 10,4%	54 5,3%	entfällt entfällt
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kindergarten- recht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	59 6,1%	19 1,9%	entfällt entfällt
Sonstiges	4 0,4%	7 0,7%	entfällt entfällt

#### **ab 2007**

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	entfällt	entfällt	1.407
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffent- lichen Rechts, Staatsaufsicht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	5 0,4%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	entfällt entfällt	entfällt entfällt	41 2,9%
Numerus-clausus-Verfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	346 24,6%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungs- recht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	entfällt entfällt	entfällt entfällt	41 2,9%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	415 29,5%
Ausländerrecht	entfällt entfällt	entfällt entfällt	321 22,8%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	0 0,0%
Asylrecht – Eilverfahren	entfällt entfällt	entfällt entfällt	7 0,5%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	entfällt entfällt	entfällt entfällt	46 3,3%

	2005	2006	2007
Umweltrecht	entfällt	entfällt	18
	entfällt	entfällt	1,3%
Abgabenrecht – ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen – ohne hochschulrechtliche Abgaben – ohne Sondernutzungsgebühr	entfällt	entfällt	68
	entfällt	entfällt	4,8%
Recht des öffentlichen Dienstes	entfällt	entfällt	78
	entfällt	entfällt	5,5%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	entfällt	entfällt	15
	entfällt	entfällt	1,1%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
Sonstiges	entfällt	entfällt	6
	entfällt	entfällt	0,4%

## II. Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:

Eingänge	191	237	386
Erledigungen	215	254	346
Unerledigt am Jahresende	16	4	53

**III. Sonstige Beschwerden** 484 487 543

## Hessisches Finanzgericht

### A – Klagen

#### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	3.199	3.224	3.112
Erledigungen	3.605	3.416	3.294
Unerledigt am Jahresende	4.602	4.422	4.209

<b>bis 2006</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	4.157	3.939	entfällt
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Steuern vom Einkommen	1.869	1.751	entfällt
	51,8%	51,3%	entfällt
Steuern vom Vermögen	28	24	entfällt
	0,8%	0,7%	entfällt
Objektbezogene Steuern	305	319	entfällt
	8,5%	9,3%	entfällt
Verkehr- und Verbrauchsteuern	643	633	entfällt
	17,8%	18,5%	entfällt
Angelegenheiten, soweit sie der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundesbehörden verwaltet werden (außer Verbrauchsteuern)	69	39	entfällt
	1,9%	1,1%	entfällt
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen	543	551	entfällt
	15,1%	16,1%	entfällt
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	388	321	entfällt
	10,8%	9,4%	entfällt
Haftung für Steuern	61	59	entfällt
	1,7%	1,7%	entfällt
AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	251	242	entfällt
	7,0%	7,1%	entfällt
<b>ab 2007</b>			
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	entfällt	entfällt	3.785
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Gewinneinkünfte	entfällt	entfällt	154
	entfällt	entfällt	4,1%
Überschusseinkünfte	entfällt	entfällt	152
	entfällt	entfällt	4,0%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	entfällt	entfällt	1.049
	entfällt	entfällt	27,7%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	entfällt	entfällt	18
	entfällt	entfällt	0,5%

	2005	2006	2007
Körperschaftsteuer	entfällt	entfällt	166
	entfällt	entfällt	4,4%
Objektbezogene Steuern	entfällt	entfällt	284
	entfällt	entfällt	7,5%
Verkehrssteuer	entfällt	entfällt	503
	entfällt	entfällt	13,3%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	entfällt	entfällt	67
	entfällt	entfällt	1,8%
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	entfällt	entfällt	741
	entfällt	entfällt	19,6%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	entfällt	entfällt	332
	entfällt	entfällt	8,8%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	entfällt	entfällt	319
	entfällt	entfällt	8,4%

## B – Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	612	592	547
Erledigungen	611	588	551
Unerledigt am Jahresende	170	172	169
b) Erledigte Verfahren	611	588	551
Davon waren			
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	604	581	540
	98,9%	98,8%	98,0%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	7	7	11
	1,1%	1,2%	2,0%

## C – Sonstige Verfahren

Kostensachen	90	79	205
Sonstige selbständige Verfahren	9	19	18

353

## Arbeitsgerichte

### A – Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)

	2005	2006	2007
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	42.050	3.5552	36.345
Erledigungen	43.985	3.8277	37.511
Unerledigt am Jahresende	13.804	1.1079	9.947
Davon waren:			
1. Normalklagen			
Eingänge	39.853	33.770	33.807
Erledigungen	42.092	36.053	34.946
Unerledigt am Jahresende	12.741	10.458	9.342
2. Beschlussverfahren			
Eingänge	2.197	1.782	2.538
Erledigungen	1.893	2.224	2.565
Unerledigt am Jahresende	1.063	621	605
b) Gegenstände der erledigten Normalklageverfahren (durch Mehrfachnennung ergibt sich ein Anteil von mehr als 100%)			
Arbeitsentgelt	13.355 31,7%	12.046 33,4%	12.746 36,5%
Urlaub, Urlaubsentgelt	1.459 3,5%	1.490 4,1%	1.278 3,7%
Bestandstreitigkeiten	24.190 57,5%	19.383 53,8%	18.009 51,5%
Zeugniserteilung und -berichtigung	3.532 8,4%	3.209 8,9%	3.432 9,8%
Schadenersatz	346 0,8%	352 1,0%	404 1,2%
tarifliche Einstufungen	126 0,3%	100 0,3%	195 0,6%
Sonstiges	13.527 32,1%	11.264 31,2%	9.599 27,5%
erledigte Normalklagen mit mehreren Streit- gegenständen	11.425	9.332	8.312

## **B – Sozialkassenklagen**

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Eingänge	17.691	22.924	29.629
Erledigungen	24.017	19.139	30.452
Unerledigt am Jahresende	5.863	9.648	8.825

## **C – Arreste und einstweilige Verfügungen**

Eingänge	706	596	560
----------	-----	-----	-----

## **D – Mahnverfahren**

Eingänge	13.290	29.284	31.237
davon waren			
1. Normalverfahren	1.908	1.549	1.463
2. Sozialkassenverfahren	11.382	27.735	29.774

## **Hessisches Landesarbeitsgericht**

### **A – Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG**

#### Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2.573	2.471	2.267
Erledigungen	2.719	2.421	2.567
Unerledigt am Jahresende	1.688	1.738	1.438

#### Davon waren:

1. Berufungen			
Eingänge	2.345	2.226	1.965
Erledigungen	2.486	2.206	2.300
Unerledigt am Jahresende	1.593	1.613	1.278

von den erledigten Berufungen waren Bestands-  
streitigkeiten

776	985	1.013
-----	-----	-------

#### 2. Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Eingänge	228	245	302
Erledigungen	233	215	267
Unerledigt am Jahresende	95	125	160

## B – Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG

	2005	2006	2007
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	639	672	546
Erledigungen	643	673	552
Unerledigt am Jahresende	166	165	159

### Sozialgerichte

#### I. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz

Eingänge gesamt	2.234	2.795	3.001
Erledigungen gesamt	2.024	2.821	2.960
Bestand Jahresende gesamt	378	351	385

#### II. Geschäftsentwicklung Klageverfahren

Eingänge gesamt	19.684	21.096	22.250
Erledigungen gesamt	18.614	19.250	23.391
Bestand Jahresende gesamt	28.404	29.215	27.336

#### bis 2006

Davon waren:

##### a) Krankenversicherung

Eingänge	2.600	3.154	entfällt
	13,2%	15,0%	entfällt
Erledigungen	3.400	3.100	entfällt
	18,3%	16,1%	entfällt

##### b) Vertragsarztrecht

Eingänge	1443	1.063	entfällt
	7,3%	5,0%	entfällt
Erledigungen	278	356	entfällt
	1,5%	1,8%	entfällt

##### c) Pflegeversicherung

Eingänge	328	355	entfällt
	1,7%	1,7%	entfällt
Erledigungen	377	381	entfällt
	2,0%	2,0%	entfällt

##### d) Unfallversicherung

Eingänge	1.344	1.374	entfällt
	6,8%	6,5%	entfällt
Erledigungen	1.620	1.561	entfällt
	8,7%	8,1%	entfällt



	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
e) bergbauliche Unfallversicherung			
Eingänge	19	11	entfällt
	0,1%	0,1%	entfällt
Erledigungen	17	18	entfällt
	0,1%	0,1%	entfällt
f) Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte			
Eingänge	3.953	3.688	entfällt
	20,1%	17,5%	entfällt
Erledigungen	4.046	4.087	entfällt
	21,7%	21,2%	entfällt
g) Sonstige Rentenversicherungssachen			
Eingänge	98	119	entfällt
	0,5%	0,6%	entfällt
Erledigungen	77	95	entfällt
	0,4%	0,5%	entfällt
h) Altershilfe für Landwirte			
Eingänge	36	41	entfällt
	0,2%	0,2%	entfällt
Erledigungen	49	55	entfällt
	0,3%	0,3%	entfällt
i) Arbeitsförderung			
Eingänge	3.259	2.715	entfällt
	16,6%	12,9%	entfällt
Erledigungen	4.013	3.907	entfällt
	21,6%	20,3%	entfällt
j) Kindergeld			
Eingänge	80	180	entfällt
	0,4%	0,9%	entfällt
Erledigungen	31	117	entfällt
	0,2%	0,6%	entfällt
k) Erziehungsgeld			
Eingänge	80	74	entfällt
	0,4%	0,4%	entfällt
Erledigungen	58	76	entfällt
	0,3%	0,4%	entfällt
l) Kriegsopferversorgung			
Eingänge	205	199	entfällt
	1,0%	0,9%	entfällt
Erledigungen	274	268	entfällt
	1,5%	1,4%	entfällt

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
m) Schwerbehindertenrecht			
Eingänge	2.898 14,7%	2.844 13,5%	entfällt entfällt
Erledigungen	3.236 17,4%	3.298 17,1%	entfällt entfällt
n) Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialhilfe			
Eingänge	1.147 5,8%	1.101 5,2%	entfällt entfällt
Erledigungen	325 1,7%	707 3,7%	entfällt entfällt
o) Grundsicherung für Arbeitssuchende			
Eingänge	1.843 9,4%	3.484 16,5%	entfällt entfällt
Erledigungen	491 2,6%	1.784 9,3%	entfällt entfällt
p) sonstige Angelegenheiten			
Eingänge	351 1,8%	694 3,3%	entfällt entfällt
Erledigungen	320 1,7%	553 2,9%	entfällt entfällt

**ab 2007**

Davon waren:			
a) Krankenversicherung			
Eingänge	entfällt entfällt	entfällt entfällt	2.691 12,1%
Erledigungen	entfällt entfällt	entfällt entfällt	3.040 13,0%
b) Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten			
Eingänge	entfällt entfällt	entfällt entfällt	561 2,5%
Erledigungen	entfällt entfällt	entfällt entfällt	2.057 8,8%
c) Pflegeversicherung			
Eingänge	entfällt entfällt	entfällt entfällt	348 1,6%
Erledigungen	entfällt entfällt	entfällt entfällt	379 1,6%
d) Unfallversicherung			
Eingänge	entfällt entfällt	entfällt entfällt	1.378 6,2%

	2005	2006	2007
Erledigungen	entfällt	entfällt	1.479
	entfällt	entfällt	6,3%
e) Rentenversicherung			
Eingänge	entfällt	entfällt	5.050
	entfällt	entfällt	22,7%
Erledigungen	entfällt	entfällt	4.940
	entfällt	entfällt	21,1%
f) Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer			
Eingänge	entfällt	entfällt	1
	entfällt	entfällt	0,0%
Erledigungen	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
g) Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit			
Eingänge	entfällt	entfällt	2.066
	entfällt	entfällt	9,3%
Erledigungen	entfällt	entfällt	3.085
	entfällt	entfällt	13,2%
h) Angelegenheiten nach dem SGB II			
Eingänge	entfällt	entfällt	4.713
	entfällt	entfällt	21,2%
Erledigungen	entfällt	entfällt	3.138
	entfällt	entfällt	13,4%
i) Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
Eingänge	entfällt	entfällt	1.049
	entfällt	entfällt	4,7%
Erledigungen	entfällt	entfällt	832
	entfällt	entfällt	3,6%
j) Versorgungs- und Entschädigungsrecht			
Eingänge	entfällt	entfällt	255
	entfällt	entfällt	1,1%
Erledigungen	entfällt	entfällt	247
	entfällt	entfällt	1,1%
k) Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX			
Eingänge	entfällt	entfällt	3.703
	entfällt	entfällt	16,6%
Erledigungen	entfällt	entfällt	3.760
	entfällt	entfällt	16,1%

	2005	2006	2007
l) Sonstiges			
Eingänge	entfällt	entfällt	435
	entfällt	entfällt	2,0%
Erledigungen	entfällt	entfällt	434
	entfällt	entfällt	1,9%

## Hessisches Landessozialgericht

### I. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz

Eingänge gesamt	297	433	522
Erledigungen gesamt	304	389	523
Bestand Jahresende gesamt	73	117	117

### II. Geschäftsentwicklung Berufungsverfahren

Eingänge gesamt	1.418	1.604	1.742
Erledigungen gesamt	1.595	1.587	1.579
Bestand Jahresende gesamt	1.886	1.904	2.054

#### bis 2006

Davon waren:

#### a) Krankenversicherung

Eingänge	188	239	entfällt
	13,3%	14,9%	entfällt
Erledigungen	146	225	entfällt
	9,2%	14,2%	entfällt

#### b) Vertragsarztrecht

Eingänge	34	70	entfällt
	2,4%	4,4%	entfällt
Erledigungen	66	96	entfällt
	4,1%	6,0%	entfällt

#### c) Pflegeversicherung

Eingänge	16	29	entfällt
	1,1%	1,8%	entfällt
Erledigungen	38	21	entfällt
	2,4%	1,3%	entfällt

#### d) Unfallversicherung (seit 2007 „incl. Bergbau“)

Eingänge	278	274	entfällt
	19,6%	17,1%	entfällt

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Erledigungen	275	283	entfällt
	17,2%	17,8%	entfällt
e) bergbauliche Unfallversicherung			
Eingänge	6	5	entfällt
	0,4%	0,3%	entfällt
Erledigungen	4	2	entfällt
	0,3%	0,1%	entfällt
f) Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte			
Eingänge	313	377	entfällt
	22,1%	23,5%	entfällt
Erledigungen	178	367	entfällt
	11,2%	23,1%	entfällt
g) Sonstige Rentenversicherung			
Eingänge	21	17	entfällt
	1,5%	1,1%	entfällt
Erledigungen	15	10	entfällt
	0,9%	0,6%	entfällt
h) Altershilfe für Landwirte			
Eingänge	5	9	entfällt
	0,4%	0,6%	entfällt
Erledigungen	6	12	entfällt
	0,4%	0,8%	entfällt
i) Arbeitsförderung			
Eingänge	259	231	entfällt
	18,3%	14,4%	entfällt
Erledigungen	259	236	entfällt
	16,2%	14,9%	entfällt
j) Kindergeld			
Eingänge	1	2	entfällt
	0,1%	0,1%	entfällt
Erledigungen	2	2	entfällt
	0,1%	0,1%	entfällt
k) Erziehungsgeld			
Eingänge	3	12	entfällt
	0,2%	0,7%	entfällt
Erledigungen	4	6	entfällt
	0,3%	0,4%	entfällt
l) Kriegsopferversorgung			
Eingänge	69	24	entfällt
	4,9%	1,5%	entfällt

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Erledigungen	90	54	entfällt
	5,6%	3,4%	entfällt
m) Schwerbehindertenrecht			
Eingänge	82	85	entfällt
	5,8%	5,3%	entfällt
Erledigungen	89	89	entfällt
	5,6%	5,6%	entfällt
n) Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialhilfe			
Eingänge	1	18	entfällt
	0,1%	1,1%	entfällt
Erledigungen	0	4	entfällt
	0,0%	0,3%	entfällt
o) Grundsicherung für Arbeitssuchende			
Eingänge	5	54	entfällt
	0,4%	3,4%	entfällt
Erledigungen	1	11	entfällt
	0,1%	0,7%	entfällt
p) sonstige Angelegenheiten			
Eingänge	137	158	entfällt
	9,7%	9,9%	entfällt
Erledigungen	122	168	entfällt
	8,6%	10,5%	entfällt

#### **ab 2007**

Davon waren:

a) Krankenversicherung			
Eingänge	entfällt	entfällt	315
	entfällt	entfällt	18,1%
Erledigungen	entfällt	entfällt	250
	entfällt	entfällt	15,8%
b) Vertrags(zahn) -arztangelegenheiten			
Eingänge	entfällt	entfällt	59
	entfällt	entfällt	3,4%
Erledigungen	entfällt	entfällt	89
	entfällt	entfällt	5,6%
c) Pflegeversicherung			
Eingänge	entfällt	entfällt	33
	entfällt	entfällt	1,9%
Erledigungen	entfällt	entfällt	34
	entfällt	entfällt	2,2%

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
d) Unfallversicherung			
Eingänge	entfällt	entfällt	262
	entfällt	entfällt	15,0%
Erledigungen	entfällt	entfällt	249
	entfällt	entfällt	15,8%
e) Rentenversicherung			
Eingänge	entfällt	entfällt	437
	entfällt	entfällt	25,1%
Erledigungen	entfällt	entfällt	400
	entfällt	entfällt	25,3%
f) Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer			
Eingänge	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
Erledigungen	entfällt	entfällt	0
	entfällt	entfällt	0,0%
g) Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit			
Eingänge	entfällt	entfällt	189
	entfällt	entfällt	10,8%
Erledigungen	entfällt	entfällt	204
	entfällt	entfällt	12,9%
h) Angelegenheiten nach dem SGB II			
Eingänge	entfällt	entfällt	162
	entfällt	entfällt	9,3%
Erledigungen	entfällt	entfällt	88
	entfällt	entfällt	5,6%
h) Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
Eingänge	entfällt	entfällt	61
	entfällt	entfällt	3,5%
Erledigungen	entfällt	entfällt	28
	entfällt	entfällt	1,8%
i) Versorgungs- und Entschädigungsrecht			
Eingänge	entfällt	entfällt	53
	entfällt	entfällt	3,0%
Erledigungen	entfällt	entfällt	37
	entfällt	entfällt	2,3%
j) Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX			
Eingänge	entfällt	entfällt	80
	entfällt	entfällt	4,6%

	2005	2006	2007
Erledigungen	entfällt	entfällt	88
	entfällt	entfällt	5,6%
k) Sonstiges			
Eingänge	entfällt	entfällt	91
	entfällt	entfällt	5,2%
Erledigungen	entfällt	entfällt	112
	entfällt	entfällt	7,1%

---

**Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen. Bek. d. MdJ v. 3. 9. 2008 (5600 - I/B2 - 1991/1403 - II/A)  
– JMBl. S. 364 –**

Die nachfolgend bekannt gegebene Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

**Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen**

**Vereinbarung**

des Bundes und der Länder über die Änderung der Vereinbarung  
über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen

Die Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen in der am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Fassung wird wie folgt geändert:

**I.**

1. Der Eingangssatz wird wie folgt gefasst:

„Für den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen gelten folgende Bestimmungen (vgl. § 120 Abs. 7 GVG):“

2. Abschnitt A Nr. 1 Buchstabe b und c wird wie folgt gefasst:

„b) in den Fällen, in denen der Generalbundesanwalt das Verfahren gemäß § 74 a Abs. 2 GVG oder § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 oder Nr. 4 GVG übernimmt, ohne dass später eine Abgabe an die Landesstaatsanwaltschaft nach § 142 a Abs. 4 GVG oder eine Verweisung an das Land- oder Amtsgericht nach § 120 Abs. 2 Satz 2 GVG erfolgt, für alle Kosten ab Verfahrensübernahme;



c) in den Fällen, in denen der Generalbundesanwalt ein Verfahren, das er nach § 74a Abs. 2 GVG oder § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 oder Nr. 4 GVG übernommen hat, gemäß § 142a Abs. 4 GVG wieder an die Landesstaatsanwaltschaft abgibt oder in denen das Oberlandesgericht oder Oberste Landesgericht das Verfahren gemäß § 120 Abs. 2 Satz 2 GVG an das Land- oder Amtsgericht verweist, nur für Kosten, die vom Übernahmezeitpunkt bis zur Abgabe bzw. der Verweisung angefallen sind;“

3. Abschnitt B Nr. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„1. alle Auslagen nach Nr. 9000 bis 9015 der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zum Gerichtskostengesetz; für die Erstattung der Auslagen nach Nr. 9010, 9011 des Kostenverzeichnisses gelten die Nummern 3 und 4 dieses Teils der Vereinbarung entsprechend;“

4. Abschnitt B Nr. 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„3. die Kosten des Vollzugs von Freiheitsstrafen und von freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung in Höhe von:

55,22 € (108,- DM) je Hafttag mit Wirkung vom 01.01.1994,  
bei Selbstverpflegung in Höhe von 52,66 € (103,- DM) je Hafttag

87,- € je Hafttag mit Wirkung vom 01.01.2003,  
bei Selbstverpflegung in Höhe von 84,50 € je Hafttag

88,- € je Hafttag mit Wirkung vom 01.01.2007,  
bei Selbstverpflegung in Höhe von 85,50 € je Hafttag.“

## II.

Die Änderungsvereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

---

**Widerruf der Genehmigung zur Verwendung eines Gerichtskostenstemplers.  
Bek. d. MdJ v. 25. 8. 2008 (5250/1 - I/B 2 - 2008/7786 - I/B) – JMBl. S. 365 –**

Der auf die Landeskreditbank Baden-Württemberg, Schlossplatz 10/12, 76131 Karlsruhe, zugelassene Gerichtskostenstempler Ascom Hasler GmbH mit der Kennziffer C 93 141 I ist laut Mitteilung vom 28. Juli 2008 in Verlust geraten.

Alle Abdrucke des vorgenannten Gerichtskostenstemplers, die nach dem 18. März 2008 gefertigt wurden, sind ungültig.

Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Verwendung des genannten Gerichtskostenstemplers sind dem Justizministerium Baden-Württemberg, Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart, unmittelbar mitzuteilen.

---

## **VERÖFFENTLICHUNGEN DER RECHTSANWALTS- UND NOTARKAMMERN SOWIE DES VERSORGUNGSWERKS DER RECHTSANWÄLTE IM LANDE HESSEN**

Die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Kassel hat am 18. 6. 2008 die folgende

### **Verwaltungsgebührenordnung**

beschlossen:

#### **I. Gebühren für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Kassel**

1.

Für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wird eine Gebühr von 180,00 € erhoben.

2.

Für die Zulassung als Rechtsanwaltsgesellschaft wird eine Gebühr von 767,00 € erhoben.

3.

Für die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Kassel nach Kanzleiverlegung wird eine Gebühr von 77,00 € erhoben; für eine Rechtsanwaltsgesellschaft beträgt die Gebühr 384,00 €.

4.

Wird die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft oder die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Kassel versagt oder wird der Antrag zurückgenommen, so beträgt die Gebühr 51,00 €; für Rechtsanwaltsgesellschaften beträgt die Gebühr 192,00 €.

## **II. Gebühren für die Bestellung eines Vertreters**

Für die Bestellung eines Vertreters wird eine Gebühr von 25,00 € erhoben.

## **III. Gebühren für das Verfahren für den Erwerb von Fachanwaltsbezeichnungen**

Für das Verfahren nach der Fachanwaltsordnung beträgt die Gebühr **250,00 €**; wird ein Fachgespräch durchgeführt, werden weitere **250,00 €** erhoben.

## **IV. Gebühren für Ausstellung eines Anwaltsausweises**

Für die Ausstellung eines EU-Ausweises ist eine Gebühr von 25,00 € zu entrichten.

## **V. Mahngebühr bei Nichtvorlage des Fortbildungsnachweises gemäß § 15 FAO**

Für den Fall, dass Fortbildungsnachweise gemäß § 15 FAO nicht unaufgefordert bis zum 01.04. des Folgejahres der Rechtsanwaltsammer Kassel vorgelegt werden, wird nach dem ersten Erinnerungsschreiben für jede weitere Mahnung eine Gebühr in Höhe von jeweils 20,00 € erhoben.

Rechtsanwaltskammer Kassel

(Dilcher)  
Präsident

Die vorstehende Verwaltungsgebührenordnung der Rechtsanwaltskammer Kassel wird hiermit ausgefertigt.

Kassel, den 13. 8. 2008

Rechtsanwaltskammer Kassel

(Dilcher)  
Präsident

## PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

### Oberlandesgericht

Ernannt wurden:

- Zum Amtsrat : Justizamtmann Stefan Auernigg;
- zur Justizamtfrau : Justizoberinspektorinnen Andrea Hölzer und Cornelia Kleinert;
- zum Justizamtmann : Justizoberinspektoren Thorsten Kühn und Benjamin Ruhl;
- zur Justizoberinspektorin : Justizinspektorinnen Sandy Budde, Kerstin Mühlhausen und Melanie Schäfer;
- zur Justizinspektorin z. A. : Annika Grohmüller – unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –;
- zum Justizoberwachmeister : Justizoberwachmeister z. A. Stephan Lutze – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit –.

Justizinspektorin Susann Brödner sowie Justizinspektor Christian Merz wurden in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurden:

Regierungsobererrat Jürgen Hederich v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Landgericht Gießen, Justizinspektorin Sabine Pirl v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden, Justizinspektorinnen z. A. Judith Ding v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Offenbach am Main, Eva Günther und Melanie Hauck v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Darmstadt, Daniela Ilse v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Bad Hersfeld, Susann Karkut v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Wiesbaden, Jean Maron v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Darmstadt, Nicole Neumann v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Wiesbaden, Christine Nolte v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Hanau, Julia Priebe und Anke Stiller v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Friedberg (Hessen), Diana Zickler v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Wetzlar, Irene Zimbelmann v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Darmstadt sowie Justizinspektor z. A. Benjamin Bieg v. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Offenbach am Main.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Rainulf Jachmann, Richterin am Oberlandesgericht Hetta Landmann und Oberamtsrätin Ilona Lemp.

#### Landgerichte

Eingewiesen in das Amt einer

Oberamtsrätin der BesGr.

A 13 mit Amtszulage nach

Fußnote 13 BBesG : Oberamtsrätin Beate Kelch in Darmstadt.

Eingewiesen in eine Planstelle

der BesGr. A 6 BBesG : Erster Justizhauptwachtmeister Karl Heinrich Eberhard in Wiesbaden.

Ernannt wurden:

Zum Richter

am Landgericht

: Richter auf Probe Tim Riebell in Frankfurt am Main, Christian Geisler und Dr. Jan Blumentritt in Kassel – unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;

zum Oberamtsrat

: Amtsrat Roger Goudriaan in Marburg;

zur Amtsrätin

: Justizamtfrauen Heidi Engel-Günther und Petra Seilkopf in Kassel;

zum Justizamtmann

: Justizoberinspektor Uwe Jürgens in Limburg a. d. Lahn;

zum Justizoberinspektor

: Justizinspektor Steffen Käckell in Frankfurt am Main;

zum Justizoberwachtmeister z. A.

: Justizaushelfer Lothar Herrmann in Kassel,

zur Justizoberwachtmeisterin z. A.

: Justizaushelferin Ernestina Russo Alza Tubia und Cornelia Hampf in Frankfurt am Main, sowie Monika Margolf in Gießen.

Versetzt wurden:

Regierungsoberrat Frank Schmid v. d. Landgericht Frankfurt am Main a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Justizoberinspektorin Antje Unzeitig v. d. Landgericht Gießen a. d. Amtsgericht Marburg sowie Erster Justizhauptwachtmeister René Dietrich v. d. Landgericht Darmstadt a. d. Finanzamt Darmstadt.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Regierungsobererrat Werner Port in Gießen, Oberamtsrat Klaus Müller in Limburg a. d. Lahn, Amtfrau (Bewährungshelferin) Viola Röhrig in Kassel, Erste Justizhauptwachtmeister Anton Palus in Gießen sowie Ferdinand Köhler in Fulda.

#### **Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten**

Ernannt wurden:

- Zum Amtsrat : Justizamtmann Udo Braun in Kassel;
- zur Justizamtfrau : Justizoberinspektorin Bettina Hühne in Kassel;
- zur Amtfrau : Oberinspektorin Vera Drohmann in Frankfurt am Main;
- zum Amtmann : Amtmann z. A. Lothar Stier in Frankfurt am Main – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit –;
- Oberinspektor Dietmar Kliewer in Limburg a. d. Lahn;
- zur Justizoberinspektorin : Justizinspektorin Natalie Eckel in Hanau;
- zum Justizoberwachtmeister : Justizoberwachtmeister z. A. Henryk Waszczyński in Frankfurt am Main – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit –;
- zum Justizoberwachtmeister z. A. : Justizaushelfer André Maßmig in Wiesbaden.

Justizinspektorin Anja Lüdiger sowie Erste Justizhauptwachtmeisterin Vera Walkenbach in Frankfurt am Main wurden in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Oberamtsanwalt Werner Poloschek in Kassel, Justizamtfrau Renate Ferbeck in Marburg und Erster Justizhauptwachtmeister Edgar Nix in Frankfurt am Main.

## Amtsgerichte

Eingewiesen in eine Planstelle

der BesGr. A 6 BBesG : Erster Justizhauptwachtmeister Achim Weiß in Gießen.

Ernannt wurden:

Zur Regierungsoberrätin : Regierungsrätin Brigitte Behrens in Wiesbaden;

zur Oberamtsrätin : Amtsrätinnen Rosemarie Montigny in Bad Schwalbach, Carmen Heitzenröder in Frankfurt am Main, Marianne Ehrich in Kassel, Kerstin Koke in Langen (Hessen) und Renate Gallei in Offenbach am Main;

zum Oberamtsrat : Amtsräte Alfred Hausburg in Biedenkopf, Knud Angerhausen in Eschwege, Hubert Kasseckert in Fulda, Paul Drusel in Marburg, Manfred Clauß in Michelstadt und Hans Wagner in Rotenburg an der Fulda;

zur Amtsrätin : Justizamtfrauen Gerlinde Falkenstein in Bad Homburg v. d. Höhe, Inge Gliese in Gelnhausen, Ursula Kuhl in Hanau und Petra Sadony-Becker in Wiesbaden;

zum Amtsrat : Justizamtmann Werner Graßmann in Darmstadt, Gerd-Günter Weidemann in Fritzlar und Friedel Bagus in Fulda;

zur Justizamtfrau : Justizoberinspektorinnen Claudia Götting, Marlies Semmler in Alsfeld, Petra Steinweg in Darmstadt, Alexandra Heinze in Frankfurt am Main, Marion Heid in Friedberg (Hessen), Kristina Henning in Fritzlar, Marion Quell in Fulda, Andrea Rippl-Platzner in Gießen, Heike Horn, Monika Keim in Kassel, Angela Schaumburg in Korbach, Anja Leverenz, Anja Röhrig in Offenbach am Main, und Iris Köhler in Schwalmstadt;

zum Justizamtmann : Justizoberinspektoren Harald Höhner in Dieburg, Lars Hosbach in Fulda und Mario Sandrock in Hünfeld;

zur Justizoberinspektorin : Justizinspektorinnen Susan Röhm in Gießen, Agnes Günther, Julia Jonas in Hanau, Nicole Roos in Hünfeld, Elke Nau in Kirchhain, Daniela Damitsch, Eva Grineisen in Korbach, Kerstin Dell in Limburg a. d. Lahn, Andrea Bangert, Anika Falke, Nadine Kramer, Miriam Ruckenbiel in Marburg, Silke Biemüller in Offenbach am Main, Jennifer Mill in Schwalmstadt;

zum Justizoberinspektor : Justizinspektor Sven Leipold in Hanau.

Justizoberinspektorin Daniela Damitsch in Korbach, Justizinspektorinnen Christiane Zimmermann in Darmstadt und Elke Rhiel in Wiesbaden wurden in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen.

Versetzt wurden:

Justizamtfrau Astrid Riedl v. d. Amtsgericht Büdingen a. d. Amtsgericht Nidda, Justizoberinspektorinnen Stefanie Grave v. d. Amtsgericht Darmstadt a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Nicole Hänsel v. d. Amtsgericht Eschwege a. d. Amtsgericht Mühlhausen (Thüringen), Katja Scholl v. d. Amtsgericht Königstein im Taunus a. d. Landgericht Limburg a. d. Lahn, Justizinspektorinnen Brit Rein v. d. Amtsgericht Wetzlar a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Ina Stüssel v. d. Amtsgericht Biedenkopf a. d. Amtsgericht Marburg, Justizinspektoren René Gundlach v. d. Amtsgericht Kassel a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Oliver Haude v. d. Amtsgericht Offenbach am Main a. d. Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Dirk Walden v. d. Amtsgericht Darmstadt an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Darmstadt, Justizinspektorinnen z. A. Michaela Appel v. d. Amtsgericht Kassel a. d. Amtsgericht Seligenstadt, Nadine Schadeweg v. d. Amtsgericht Darmstadt a. d. Amtsgericht Hanau, Wiebke Wassermann v. d. Amtsgericht Wiesbaden a. d. Amtsgericht Königstein im Taunus sowie Justizinspektor z. A. Tobias Kloos v. d. Amtsgericht Wiesbaden a. d. Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Oberamtsrat Gerhard Guntermann in Alsfeld, Ulrich Ertel in Frankfurt am Main, Amtsräte Dieter Backs in Darmstadt, Helmut Roth in Idstein, Wolfgang Heinrich in Rüdesheim am Rhein, Justizoberinspektor Karl-Hermann Schaffner in Frankfurt am Main, Erste Justizhauptwachtmeister Hans Peter Brenneis in Fürth/Odw., Uwe Seitz in Hanau und Dieter Wiegand in Kassel.

#### **Arbeitsgerichte**

Ernannt wurden:

Zur Richterin am  
Arbeitsgericht : Richterin auf Probe Nicole Böhmer in Offenbach am Main  
– unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;

zum Richter am  
Arbeitsgericht : Richter auf Probe Dr. Jörg Krampe in Bad Hersfeld – unter  
Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –.

Versetzt wurden:

Richterinnen am Arbeitsgericht Dr. Petra Gutmann v. d. Arbeitsgericht Offenbach am Main a. d. Arbeitsgericht Frankfurt am Main und Dr. Silke Kohlschitter v. d. Arbeitsgericht Bad Hersfeld a. d. Arbeitsgericht Frankfurt am Main.



#### **Senat für Notarsachen**

Ernannt wurde:

Rechtsanwältin und Notarin Evemarie Stephan-Ambacher – unter Berufung in ein ehrenamtliches Richterungsverhältnis – zur ehrenamtlichen Richterin bei einem Senat für Notarsachen bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

#### **Hessischer Anwaltsgerichtshof**

Ernannt wurde:

Rechtsanwalt und Notar Ingo Senger – unter Berufung in ein ehrenamtliches Richterungsverhältnis – zum ehrenamtlichen Richter bei dem Hessischen Anwaltsgerichtshof.

#### **Anwaltsgerichte**

Ernannt wurden:

Rechtsanwalt Ulrich Volk – unter Berufung in ein ehrenamtliches Richterungsverhältnis – zum ehrenamtlichen Richter bei dem Anwaltsgericht für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main.

Rechtsanwalt und Notar Frank-Rainer Bondzio – unter Berufung in ein ehrenamtliches Richterungsverhältnis – zum ehrenamtlichen Richter bei dem Anwaltsgericht für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Kassel.

#### **Notarinnen und Notare**

Zur Notarin wurden bestellt:

Rechtsanwältinnen Waltraud Langenbruch und Johanna Masser mit Amtssitz in Frankfurt am Main, Carolin Lucas mit Amtssitz in Königstein/Ts. und Franziska Zenke mit Amtssitz in Nidderau.

Zum Notar wurden bestellt:

Rechtsanwälte Thomas Rath mit Amtssitz in Bad Hersfeld, Dr. Frank L. Blechschmidt mit Amtssitz in Bad Homburg v. d. Höhe, Stephan Kietzmann mit Amtssitz in Bruchköbel, Erik Hackenberg mit Amtssitz in Eschborn, Dr. Michael Baumgartl, Frank Brüggemann, Wolfgang Coutandin-Gerischer, Dr. Stefan Farrenkopf, Dr. Olaf Gerber, Dr. Bernhard Grafe, Dr. Sebastian Gronstedt, Michael Haag, Dr. Oliver Habighorst, Dr. Uwe Hartmann, Rainer Jacob, Dr. Jörg Michael Lang, Jörg Lamers, Bernhard Ludwig, Bernhard Naujack, Dr. Wolfgang Richter, Prof. Dr. Christoph Schalast, Dr. Dietrich Schrodts, Gregor Segner, Jan Sobotta, Matthias Wilke mit Amtssitz in Frankfurt am Main, Rechtsanwalt Eberhard Dönges mit Amtssitz in Kelsterbach, Thomas Huth mit Amtssitz in Königstein/Ts., Stephan Haack mit

Amtsitz in Offenbach am Main, Dr. Gerhard Schlitt mit Amtssitz in Petersberg und Thomas Siebert mit Amtssitz in Usingen.

Ausgeschieden sind:

Auf eigenen Antrag:

Notare André Neißner in Butzbach, Wolf-Dieter Löffert in Hanau, Herbert Wagner in Idstein und Dr. Peter Becker in Marburg.

Aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

Notare Egon Vogt in Eschwege, Günter Knopp in Griesheim, Ernst Leß-Möllmann in Karben und Dr. Gerhard Erk in Michelstadt.

---

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

### **Ordentliche Gerichtsbarkeit**

1. Eine Richterin oder einen Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main (R 2), die oder der mit Teilzeit bis zu  $\frac{3}{4}$  des regelmäßigen Dienstes tätig ist.

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.2) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

2. Eine Richterin am Amtsgericht – als weitere aufsichtsführende Richterin – oder einen Richter am Amtsgericht – als weiterer aufsichtsführender Richter – bei dem Amtsgericht Darmstadt (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.1) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

3. Die Direktorin oder den Direktor des Amtsgerichts Rotenburg a. d. Fulda (R 1 mit Zulage nach Fußnote 1).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

4. Eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter (§ 7 GO)  
bei dem Amtsgericht Wetzlar.

Die Stelle ist zum 1. Mai 2009 neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung zu Nr. 4 wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

**I. Allgemeine Voraussetzungen:**

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein.

**II. Besondere Voraussetzungen:**

**1. Fachkompetenz**

- Erfahrung in der Rechtspflege und/oder der Justizverwaltung
- Mindestens gutes fachliches Können.

**2. Soziale Kompetenz**

- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit.

**3. Führungskompetenz**

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation.

**4. Organisatorische Kompetenz**

- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz.

Interessierten Frauen und Männern zu Nr. 4 wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

### **Verwaltungsgerichtsbarkeit**

5. Die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Darmstadt (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 5).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.5) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind auf dem Dienstweg zu richten:

Zu Nr. 1. bis 3. und Nr. 5. binnen **drei Wochen** an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden;

zu Nr. 4. binnen **eines Monats** an den Direktor des Amtsgerichts Wetzlar.

**Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens zu Nr. 1. bis 3. und Nr. 5. auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.**

---

### **Nachrichtlich wird mitgeteilt**

Im Hessischen Ministerium der Justiz kann eine Stelle mit einer Richterin oder einem Richter am Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 2) besetzt werden.

Bezüglich des Anforderungsprofils wird auf das JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 50 ff., Anlage 1 Ziff. 2.2.) verwiesen.

Außerdem kann eine Stelle mit einer Oberstaatsanwältin als Dezernentin oder einem Oberstaatsanwalt als Dezernent bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 2) besetzt werden.

Bezüglich des Anforderungsprofils wird auf das JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 50 ff., Anlage 1 Ziff. 2.6.) verwiesen.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils. Schwer behinderte Menschen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Dem Hessischen Ministerium der Justiz wurde das Grundzertifikat audit berufundfamilie® hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verliehen.

## AUSSCHREIBUNG FREIER NOTARSTELLEN

Die Ausschreibung der freien Notarstelle im Landgerichtsbezirk Frankfurt am Main, in der **Stadt Karben** (Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main) im Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen vom 1. Juli 2008 (JMBl. S. 236), Stellenausschreibung A) 4., wird in der Weise abgeändert, dass die Stelle für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main zur Verfügung steht.

---

## BUCHBESPRECHUNGEN

unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

Prof. Dr. Rolf-Peter Calliess/Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Müller-Dietz: **Strafvollzugsgesetz** 11., neu bearbeitete Auflage, 2008, XIV, 1.087 Seiten, in Leinen € 78,00;

Verlag C.H. Beck

ISBN 978-3-406-57619-5.

Die Neubearbeitung des renommierten Standardwerks zum Strafvollzugsgesetz bringt den Kommentar in Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung auf den Stand vom Frühjahr 2008. Nachdem die zehnte Auflage um die Kommentierung im Bereich Sicherheit und Ordnung ausgeweitet worden war (z. B. hinsichtlich des § 86a – Lichtbilder zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung –) und dabei u. a. mit umfangreichen Ausführungen zu § 84 (Durchsuchung) die heftigen Umwälzungen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen in der Vollzugspraxis und den daraus resultierenden Diskussions- und Klärungsbedarf dokumentiert hatte (Vgl. hierzu der Hinweis des Rezensenten in der Besprechung der Voraufgabe – JMBl. 2005, S. 98, 99 –), kommt die Neuauflage des Standardkommentars zum Strafvollzugsgesetz nunmehr auf den Markt, nachdem das Erfordernis einer bundesgesetzlichen Regelung des Strafvollzugs auf dem Verhandlungstisch der Föderalismuskommission geopfert worden war.

Daher ist die in sämtlichen Vorbesprechungen immer wieder hervorgehobene und nunmehr nochmals besonders betonte ausführliche Einleitung mit Hinweisen auf die Entstehungsgeschichte des Strafvollzugsgesetzes und die verfassungsrechtlichen und kriminalpolitischen Grundlagen nach wie vor wichtig und kennzeichnet die besondere Bedeutung des Kommentars. Sie hat damit die Qualität eines eigenständigen Lehrbuchs.

RdNr. 52 der Einleitung dokumentiert das Ergebnis und die Rechtsfolgen der Föderalismusreform vom 1. 9. 2006 mit der Übertragung der konkurrierenden Gesetzgebung

auf die Länder. Bisher haben die Bundesländer Bayern, Hamburg und Niedersachsen davon Gebrauch gemacht, während für die übrigen 13 Bundesländer gemäß Art. 125a Abs. 1 GG das Strafvollzugsgesetz als Bundesgesetz weiter gilt. Aufgrund neuer politischer Konstellationen zeichnet sich in Hamburg indes schon wieder eine Veränderung ab. Die Verfasser bleiben ihrer konsequenten Linie treu und weisen unmissverständlich darauf hin, dass die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für den Straf- und Untersuchungshaftvollzug auf die Länder „ohne erkennbare sachliche und fachliche Grundlagen und Argumente erfolgt“ sei (RdNr. 53 der Einleitung mit weiteren Nachweisen). Dem ist vorbehaltlos zuzustimmen, zumal das Strafvollzugsgesetz ungeachtet mancher Vorbehalte im Einzelnen grundsätzlich positiv bewertet wurde (Siehe RdNr. 43 der Einleitung).

Hervorgehoben werden soll noch die vollzugs- und kriminalpolitisch wichtige Beschäftigung mit besonderen Problemstellungen in den Vollzugsanstalten wie Überbelegung; ausländische Gefangene; suchtabhängige und psychisch auffällige Gefangene; Gewaltproblematik (RdNrn. 45 – 48 der Einleitung) und nicht zuletzt die kritische Position zu Privatisierungsmaßnahmen und -bestrebungen im Strafvollzug. Den Verfassern ist beizupflichten, dass die verfassungsrechtlichen Schranken für eine Privatisierung von Staatsaufgaben im Strafvollzug nicht „nur“ für die Gewährleistung sicherer Unterbringung der Gefangenen und den Schutz vor Straftaten gelten, sondern gleichermaßen für die eine Resozialisierung fördernden Behandlungsmaßnahmen (RdNr. 49, 50 der Einleitung).

An der praxisgerechten und benutzerfreundlichen Aufmachung des gesamten Werkes wurde in bewährter Weise festgehalten.

Der Kommentar wendet sich wie bisher an Strafverteidiger, Strafrichter, Staatsanwälte, Kriminalbeamte, Bewährungshelfer und Mitarbeiter im Strafvollzug. Er bleibt nicht nur für Vollzugsverwaltung und Praxis ein unentbehrliches Handwerkszeug, sondern gibt auch politischen Entscheidungsträgern und vollzugspolitisch Verantwortlichen hilfreiche, in letzter Zeit allerdings nicht immer beachtete Orientierung für anstehende Entscheidungen.

Darmstadt, den 7. September 2008

Prof. Dr. Karl Heinrich Schäfer  
Direktor beim Hessischen Rechnungshof



---

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden.  
Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Dr. Schultze, Wiesbaden

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der Bezugspreis **für das Jahr 2008** in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **neue Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. Als Einzahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 1,06 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

**Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –**

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.